

Sitzungsverlauf:

- A. TOP 1: Bericht über den Stand der Bundesfinanzen.
- B. TOP 2: Politische Bemerkungen des Bundeskanzlers.
- C. TOP 2 a: Bericht des Bundeswirtschaftsministers über die Konzertierte Aktion und die konjunkturelle Lage.
- D. Fortsetzung zu TOP 1 und TOP 2 a: Aussprache zu den Berichten von Bundesminister Möller und Bundesminister Schiller.
- E. TOP 3: Informationen. – TOP 4: Vorbereitung der Plenarsitzungen: a) Kriegsopferversorgung; b) Novelle Arbeitsförderungsgesetz; c) Sonstige Tagesordnungspunkte und Ablauf der Plenarsitzungen. – TOP 5: a) Richterwahlausschuss; b) Wahlmännergremium für das Bundesverfassungsgericht. – TOP 6: Wahlprüfungsausschuss.
- F. Bemerkungen des Vorsitzenden Wehner zu den Koalitionsvereinbarungen. – TOP 7: Nächste Termine. – TOP 8: Verschiedenes.

A.

1. Bericht über den Stand der Bundesfinanzen – Berichterstatter: Dr. Alex Möller

Der **Bundesfinanzminister** legte ein vorläufiges Zahlenbild der Mifri vor, um den finanziellen Spielraum für ausgabenwirksame Maßnahmen aufzuzeigen. Der Minister berichtete, daß der Bund keine vollen Kassen habe und daß deshalb eine erste Anleihe über 400 Mio. DM aufgenommen wurde. Er berichtete, daß im Dezember mit einer zweiten Anleihe über 700 Mio. DM zu rechnen sei, um den Kassenanforderungen an den Bund genügen zu können. **Möller** wies darauf hin, daß der V. Deutsche Bundestag einstimmig ausgabenwirksame Beschlüsse gefaßt habe, die erst Anfang 1970 ausgabenwirksam würden. Dies sei eine schwere Hypothek. Im alten Kabinett sei keine Fortschreibung der Mifri erreicht worden. *Strauß* habe lediglich intern eine Fortschreibung durchführen lassen; diese zeige den schwierigen finanzpolitischen Ausgangspunkt.

Als Ausgangspunkt für den Bundesetat 1970 nannte **Möller** den Betrag von 86 Mrd. DM. Zu diesem Sockelbetrag tritt ein Betrag von 3,2 Mrd. DM aus rechtlich festliegendem Mehrbedarf. In diesem Zusammenhang wandte sich **Möller** gegen die immer mehr Mittel beanspruchenden Agrarmarktordnungen. Als Beispiel nannte er eine Marktordnung für Tabak, die eine Milliarde Steuermittel koste. Dies sei unannehmbar. Er habe den Auftrag gegeben, die Gesamtbelastung zu errechnen, die die Agrarmarktordnungen hervorrufen. Es müßten neue Lösungen gefunden werden. Der *Finanzminister* erklärte des weiteren, daß zu dem Sockelbetrag von 86 Mrd. DM und zu dem Betrag von 3,2 Mrd. DM aus rechtlich festliegendem Mehrbedarf ein weiterer Betrag von 2,7 Mrd. DM hinzukomme, der sich aus den in Aussicht genommenen Ausgaben zusammensetze. Die Gesamtsumme des Etats 1970 betrage danach 91,9 Mrd. DM.

Demgegenüber belaufe sich die Summe der Gesamteinnahmen aus Steuereinnahmen und Verwaltungseinnahmen im Jahre 1970 auf 85,5 Mrd. DM. Dabei ginge man von einem Zuwachs des

Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen von 11,3 % im Jahre 1970 aus. Die Finanzierungslücke zwischen den Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben betrage demnach 6,4 Mrd. DM. Darin seien noch nicht die zusätzlichen Mindestanforderungen der Ressorts für Krankenhausbau, Erhöhung des Wohngeldes, Erweiterung des Wohnungsbaus, Erweiterung der Entwicklungshilfe, Städtebau etc. in Höhe von 3,2 Mrd. DM enthalten. Rechne man diese Summe hinzu, so ergebe sich eine Finanzierungslücke von insgesamt 9,6 Mrd. DM. Der *Minister* wies mit Nachdruck darauf hin, daß eine Verschuldung von 9,6 Mrd. DM im Jahre 1970 politisch nicht zu verkaufen sei. Die Grenze liege bei einer Verschuldung zwischen 5 und 6 Mrd. DM. Dabei wies der Finanzminister darauf hin, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich eine niedrige Verschuldungsquote aufweise. Der Schuldenstand aller öffentlichen Hände in der Bundesrepublik belaufe sich auf 22,4 % des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen. Von den westlichen Ländern liegen nur Frankreich und Dänemark unter dieser Quote.

Im Zusammenhang mit der Verschuldung der öffentlichen Hand im Jahre 1970 wies *Möller* darauf hin, daß die Bundesrepublik einen funktionierenden Kapitalmarkt brauche. Gegenwärtig würde zuviel Kapital exportiert. Es sei ein Wunder, daß die Bundesanleihe über 400 Mio. DM, die in ihren Konditionen schlechter sei als ausländische Anleihen, in 24 Stunden abgesetzt worden sei. Im übrigen sei es die Aufgabe des Finanzplanungsrats¹, die Inanspruchnahme des Kapitalmarkts durch die öffentlichen Hände aufeinander abzustimmen. Abschließend bekannte sich der Bundesfinanzminister zu einer soliden Finanzpolitik, die allein ein Stück weiter in Richtung auf die von der SPD gewünschten gesellschaftspolitischen Ziele hinführe.

B.

2. Politische Bemerkungen des Bundeskanzlers

a) Bundeskanzler **Brandt** kam auf den Kabinettsbeschluß vom vergangenen Donnerstag zurück. In diesem hatte es geheßen, daß keine neuen Maßnahmen vor der Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung ergriffen werden sollten.² Das habe zu Mißverständnissen geführt. Dieser Beschluß heiße nicht, daß die Besoldungsfrage³ aufgeschoben werden solle. Sie müsse vielmehr jetzt geregelt werden. Der Bund stünde in einer finanziell schwierigen Lage, das solle man erkennen, man solle aber die Lage nicht dramatisieren. Die SPD stehe für den Grundsatz solider Finanzplanung. Der Kanzler machte darauf aufmerksam, daß man in der Gesamtplanung im Frühjahr in Einzelfällen die Reformen, die Geld kosteten, im Zeitpunkt hinausschieben müsse. Es wäre notwendig, im ersten Halbjahr des Jahres 1970 etwas kürzer zu treten. Eine Streckung der Reformvorhaben bedeute keine

¹ Der Finanzplanungsrat, in dem Vertreter der Bundesminister für Finanzen, für Wirtschaft sowie der Landesminister für Finanzen und Vertreter der kommunalen Gremien sowie der saßen, sollte bei der Abstimmung der Haushaltsplanung des Bundes mit der mittelfristigen Finanzplanung der kommunalen Körperschaften unterstützen und beraten. Zu seiner gesetzlichen Grundlage vgl. § 51 des Gesetzes über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder in der Fassung vom 19. August 1969; BGBl. 1969, I, Nr. 81, S. 1273–1283.

² Das Kabinett beschloss, über alle rechtlich nicht festgelegten Mehrausgaben erst im Zusammenhang mit der Erstellung des mittelfristigen Finanzplanes zu entscheiden und bis dahin auch keine konkreten Maßnahmen der Öffentlichkeit mitzuteilen. Zur Kabinettsitzung am 20. November 1969 vgl. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1969/6. Sitzung, online.

³ Vgl. die Fraktionssitzung am 9. Dezember 1969, Dok. 14, SVP B.

Aufgabe. Die Bundesregierung habe sich dazu verpflichtet, die Reformen im Laufe der Legislaturperiode anzupacken, und dies werde sie auch tun. Im übrigen unterstützte der Kanzler die Stabilitätspolitik des Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministers.

b) Der *Kanzler* bezeichnete den Beschluß des , der den vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen der Bundesregierung für die Landwirtschaft nicht zugestimmt hatte⁴, als nicht seriös. Während man draußen den Bauern zu Munde rede, würden hier in Bonn Hilfsmaßnahmen für die Bauern hinausgeschoben. Außerdem hätte der Bundesrat keine realistische Alternative geboten. Im übrigen ginge diese Entscheidung auch zu Lasten der Verbraucher. Es sei auch nicht zu verkennen, daß die mit dieser Haltung in Widerspruch zu ihren Europa-Beteuerungen gerate. Der *Kanzler* wies abschließend darauf hin, daß die Bundesregierung sehr bestimmt argumentieren werde, wenn es um die Reform der Agrarpolitik in der Gemeinschaft gehe. Es gehe darum, eine solide Zukunft für die Landwirtschaft zu sichern.

c) Der *Kanzler* kam darauf auf den Mainzer Parteitag der⁵ zu sprechen. Die habe sich dort in einem desolaten Zustand präsentiert. Er sage das ohne Schadenfreude. Es läge im Interesse der Demokratie, daß diese Partei sich wieder fange. Allerdings wies er darauf hin, daß das Konzept zu der integrierenden Mitte schwer zu realisieren sei. Er habe darüber hinaus auf dem Parteitag manche starke Töne des Kalten Krieges vernommen. Er stelle die Frage, ob eine solche Haltung noch in die politische Landschaft von heute passe.

d) Zu dem Besuch des *Bundespräsidenten* in erklärte der *Kanzler*⁶, er habe diesen Besuch mit einer gewissen Bewegung zur Kenntnis genommen. Es habe sich erneut gezeigt, daß der Bundespräsident sein Amt im Dienst der Aussöhnung nach innen und außen ausübe. Dafür sei er dankbar und das habe er Herrn Dr. *Heinemann* auch wissen lassen.

e) Hinsichtlich der Gipfelkonferenz im Haag⁷ erklärte der Kanzler, daß das was er am 28. Oktober des Jahres im Bundestag gesagt habe⁸, volle Gültigkeit behalte. Auf der Gipfelkonferenz würde die Entscheidung darüber fallen, ob die Gemeinschaft den Weg des inneren Ausbaus, der Vertiefung und des Abschlusses der Übergangsperiode und der Erweiterung der Gemeinschaft beschreiten oder in eine tiefe Krise geraten wolle. Die Bundesregierung habe sich auf die Konferenz realistisch vorbereitet.

⁴ Bundeskanzler *Brandt* nahm hier Bezug auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 25. November 1969 über einen Ausgleich für Folgen der Aufwertung der Deutschen Mark auf dem Gebiet der Landwirtschaft (BT Drs. 06/79), der am 7. November 1969 dem zugleitet wurde. – Der Bundesrat stimmte den Steuererleichterungen und der Bereitstellung zusätzlicher Mittel aus dem Bundeshaushalt nicht zu, sondern forderte eine Weiterführung der Schutzmaßnahmen für deutsche Landwirte bei Aus- und Einfuhr von Agrarprodukten. Vgl. BR Plenarprotokoll 345. Sitzung am 21. November 1969, S. 236–243. Zur Entschließung des Bundesrates vom 21. November 1969 vgl. BR Drs. 585/69 (Beschluss).

⁵ Der 17. Bundesparteitag der CDU fand vom 17. bis 18. November 1969 in Mainz statt.

⁶ Bundespräsident *Heinemann* hielt sich vom 24. bis 27. November 1969 zu einem Staatsbesuch in den auf.

⁷ Gemeint ist das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften am 1./2. Dezember 1969 in .

⁸ Bundeskanzler *Brandt* forderte in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 eine Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Vgl. BT Plenarprotokoll 06/5, S. 32.

f) Zur Ostpolitik sagte der *Kanzler*, daß die Bundesregierung der einen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen vorgeschlagen habe, und er nähme an, daß sie sich demnächst zu diesem Vorschlag äußern würde. An die polnische Regierung werde eine Note übergeben, die die Gesprächsbereitschaft der Bundesregierung erklärt.⁹ Angestrebt werde ein deutsch-polnisches Gespräch über alle Fragen, die die eine oder andere Seite für erforderlich hält. In die Gespräche gingen beide Seiten illusionslos. Der *Kanzler* fügte hinzu, daß die DDR das in der Regierungserklärung enthaltene Angebot auf Austausch von Gewaltverzichtserklärungen¹⁰ nicht aufgegriffen habe. Zur Zeit liefen Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD über das Post- und Fernmeldewesen.¹¹

C.

2 a. Bericht des *Bundeswirtschaftsministers* über die Konzertierte Aktion und über die konjunkturelle Lage.

In Abweichung von der Tagesordnung der Fraktionssitzung wurde dieser Punkt eingefügt.¹² Der **Bundeswirtschaftsminister** legte Gewicht auf die Feststellung, daß die , die am Tage zuvor acht Stunden gedauert habe, auf § 3 des Stabilitätsgesetzes beruhe¹³ und eine freiwillige, informative Veranstaltung sei. Die freie Entscheidung jeder an der Konzertierte Aktion beteiligten Seite bleibe vorbehalten und werde belassen. Schiller bemerkte, daß die Bemühungen im Rahmen der Konzertierte Aktion am 12. Januar 1970 fortgesetzt würden. An der Konzertierte Aktion seien jetzt vier Ressorts beteiligt: Wirtschaft, Finanzen, Arbeit, Landwirtschaft.

Der *Minister* wies darauf hin, daß wir uns konjunkturell in einer prekären Situation befinden. Bis etwa zum August wäre in der Bundesrepublik eine verbandsmäßig zurückgestaute Preisanpassung zu beobachten gewesen. Die Preise seien nun in Bewegung geraten. Wenn im Jahre 1970 ein Verteilungskrieg, ein Preis-Einkommenskrieg ausbreche, verbunden mit einer Preis-Lohn-Preisspirale, dann würde der gesamte stabilisierende Aufwertungseffekt verlorengehen.

Die staatliche Offerte habe sich im Rahmen der auf vier Punkte bezogen:

a) Die konjunkturelle Entwicklung in Jahre 1970 darf nicht durch eine übermäßige Expansion der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden gefährdet werden. 1970 betrage das nominale Wachstum etwa 9 %. Demgegenüber erhöhten sich die Ausgaben des Bundes nach den bisherigen Überlegungen von 1969 auf 1970 um 17,6 %. Wenn das der Fall wäre, dann wäre alle Liebesmüh' vergebens. In dieser Hinsicht stimme er voll mit dem *Bundesfinanzminister* überein. Wenn das zuträfe, dann würden Preisauftriebendenzen durch das Ausgabegebahnen der öffentlichen Hand hervorgerufen. Allerdings müsse man zwischen der Aufstellung des Haushaltes 1970 und dessen

⁹ Die Bundesregierung teilte der polnischen Regierung am 25. November 1969 in einer Note mit, dass sie bereit sei, bilaterale Gespräche aufzunehmen. Zu der Note vgl. AAPD 1969, II, Dok. 375.

¹⁰ Zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt am 28. Oktober 1969 vgl. BT Plenarprotokoll 06/5, S. 21.

¹¹ Die Verhandlungen fanden am 24./25. November 1969 in Bonn statt. Vgl. DzD VI/1, S. 51–52.

¹² Die Tagesordnung ist dem Protokoll beigelegt.

¹³ Im Falle einer Gefährdung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, stellte die Bundesregierung nach § 3 des »Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« den Beteiligten an der Konzertierte Aktion Orientierungsdaten für ein aufeinander abgestimmtes Verhalten zur Verfügung. Zum Wortlaut in der Fassung vom 8. Juni 1967 vgl. BGBl. 1967, I, Nr. 32, S. 582–589.

Vollzug unterscheiden. Die Ausgaben sollten im ersten Halbjahr 1970 unterproportional, im zweiten Halbjahr 1970 überproportional ansteigen.

b) Mit einer aktiven Vermögenspolitik solle ein Beitrag zur Stabilität geleistet werden. Die Erweiterung des 312-DM-Gesetzes¹⁴ sei von allen Seiten positiv beurteilt worden.

c) Der *Minister* sprach sich dafür aus, das Kartellgesetz¹⁵ schärfer anzuwenden. Die Möglichkeiten des Kartellgesetzes würden nunmehr voll ausgeschöpft.

d) Hinsichtlich der staatlich administrierten Preise müsse in den kommenden Monaten Zurückhaltung geübt werden. Preiserhöhungen in diesem Bereich wären ein Signal für die Industrie wie die Verbraucher.

In der sei man sich weitgehend einig gewesen in der Beurteilung der Lage für das Jahr 1970. Diese Übereinstimmung beziehe sich auch auf die Entwicklung der Unternehmereinkommen und der Einkommen aus selbständiger Arbeit im Jahre 1970. Übereinstimmung herrschte auch darüber, daß nach der Aufwertung weitere Stabilisierungsbemühungen notwendig seien. Dazu gehöre auch die Herabsetzung der Agrarerzeugerpreise ab 1. Januar 1970. Eine anteilige Weitergabe der Agrarpreissenkungen an die Verbraucher wurde von allen Parteien der Konzertierten Aktion gefordert. Der **Minister** wies darauf hin, wenn im Jahre 1970 die Stabilitätspolitik keinen Erfolg habe, dann würden die inneren Reformen gesellschaftspolitischer Art nicht möglich sein.

D.

Konrad **Porzner** befürchtet für 1970 eine höhere Inflationsrate als 3 %. Dabei sei im nächsten Jahr eine Reihe von Wahlen¹⁶ zu erwarten. Er frage sich, ob das, was der *Bundeswirtschaftsminister* anbiete, konjunkturpolitisch ausreiche. Die schieße sich darauf ein, eine Anwendung des Stabilitätsgesetzes zu fordern. Wenn man handele, müsse man jetzt handeln, weil man psychologisch jetzt noch Maßnahmen dem Versagen des *Kiesinger/Strauß*-Kurses anlasten könne. An den *Bundesfinanzminister* gewandt, fragte *Porzner*, was dieser zu tun gedenke, um den Ausgabenzuwachs des Bundeshaushaltes 1970 in Grenzen zu halten.

Alwin **Brück** fragte, ob nun der Arbeitnehmerfreibetrag zum 1. Januar 1970 verdoppelt werden solle oder nicht.

Alex **Möller** antwortete auf diese Frage sehr vorsichtig und meinte, daß man beinahe beantragen sollte, das Steueränderungsgesetz 1970¹⁷ später in Kraft treten zu lassen. Das Gesetz sei aber durch den Bundesrat gelaufen¹⁸ und morgen finde die erste Lesung im Bundestag statt¹⁹.

¹⁴ Gemeint ist das »Zweite Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer« in der Fassung vom 1. Oktober 1969. Vgl. BGBl. 1969, I, Nr. 107, S. 1853–1857.

¹⁵ Gemeint ist die zweite Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung vom 1. Januar 1965. Vgl. BGBl. 1966, I, Nr. 2, S. 37–58.

¹⁶ Vgl. die Fraktionssitzung am 13. November 1969, Dok. 10, SVP E.

¹⁷ Zu dem von der Bundesregierung am 21. November 1969 eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1970) vgl. BT Drs. 06/75.

¹⁸ Zur entsprechenden Bundesratssitzung am 21. November 1969 vgl. BR Plenarprotokoll, 345. Sitzung, S. 243–244. – Der Bundesrat hatte keine Einwände.

¹⁹ Zur Sitzung des Bundestages am 26. November 1969 vgl. BT Plenarprotokoll 06/13, S. 502–506.

Adolf **Scheu** fragte an *Schiller* gewandt, ob die Unternehmensverbände auf die einzelnen Unternehmen im Hinblick auf die Preisentwicklung Einfluß hätten.

Karl **Ravens** ging auf die Wettbewerbssituation in der Bundesrepublik ein. Er sagte, daß die Stahlkontore²⁰ sich als ein Instrument zur Erhöhung der Stahlpreise erwiesen hätten. Er plädierte dafür, die 1971 auslaufende Genehmigungsfrist für die Stahlkontore nicht weiter zu verlängern.²¹ Weiter forderte er, daß im Hinblick auf die Kohlepreiserhöhungen der letzten Zeit der Beauftragte für den Steinkohlenbergbau beauftragt werden müsse, auf die Preisentwicklung einzuwirken. *Ravens* nahm des weiteren zu den Ankündigungen des Bäcker- und Schlachterhandwerks Stellung, daß sich in diesem Bereich die Preise erhöhen würden. Hier müsse man fragen, ob das Bundeskartellamt nicht tätig werden könne. Außerdem wäre zu fragen, ob nicht durch Auslagerungen aus den Vorratsstellen der Preisentwicklung auf diesen Gebieten entgegengewirkt werden könne.

Martin **Schmidt (Gellersen)** sprach sich für eine Warnung an die Kommission hinsichtlich der Agrarausgaben aus.

Gerhard **Koch** machte den Vorschlag, im Frühjahr als stabilitätspolitische Maßnahme von der degressiven Abschreibung auf die lineare Abschreibung etwa für ein Dreivierteljahr überzugehen.

Hugo **Collet** fragte, in welcher Weise die Importentlastungen Einfluß auf die Preisentwicklung genommen hätten.

Hans **Apel** stellte die Frage, ob es zweckmäßig sei, das Steueränderungsgesetz 1970 zum 1. Januar 1970 in Kraft treten zu lassen. Wenn man im Frühjahr das Stabilitätsgesetz anwende, dann sei es schlecht, wenn gleichzeitig Ausgabenbeschlüsse durch das Parlament gefaßt würden. **Apel** setzte sich für eine zeitliche Verschiebung des Inkrafttretens von ausgabewirksamen Maßnahmen ein.

Dietrich **Sperling** wandte sich gegen *Apel* und forderte, nicht auf das Steueränderungsgesetz zu verzichten.

Max **Seidel** wandte sich gegen den Vorschlag von *Apel*. Die Maßnahmen des Steueränderungsgesetzes 1970 seien viel zu konkret angekündigt und in der Öffentlichkeit vorgetragen worden.

Hans **Geiger** schloß sich *Seidel* an.

Lothar **Löffler** hielt den Vorschlag von *Apel* für erwähnenswert. Gleichzeitig stellte er die Frage, welche Maßnahmen zur Schließung der Finanzierungslücke vorhanden wären.

Arthur **Killat** wandte sich gegen eine Verschiebung des Inkrafttretens der Verbesserung der Kriegsopferversorgung²². Seine Ausführungen wurden durch den **Bundesfinanzminister** richtiggestellt.

Seibert unterstützte *Seidel*. Er wies auf die Verschuldungsquote der Bundesrepublik hin und forderte, daß Investitionen über die Verschuldung finanziert werden müßten. Philipp *Seibert* sagte zu Alex *Möller* gewandt, daß in der stehe, er habe sich für eine Erhöhung der Besoldung um 9 % ausgesprochen²³. Dies wurde von **Möller** sofort dementiert. **Seibert** meinte, daß, die Besoldungsfrage möglichst schnell in den Ressorts geklärt werden müsse, um Daten zu setzen. Er sprach sich

²⁰ 1966 schlossen sich 31 deutsche Stahlfirmen zu einem Kartell von vier Walzstahlkontoren zusammen, um den Markt unter sich aufzuteilen.

²¹ Die Kontore stellten ihre Arbeit im Juni 1971 ein. Vgl. den Bericht der Bundesregierung vom 26. Oktober 1971 über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften; BT Drs. 06/2771, S. 20.

²² Vgl. Abschnitt E.

²³ Vgl. den Artikel »Wenn ihr nicht spurt, nehme ich den Hammer«; , 25. November 1969, S. 8

des weiteren für vermögenswirksame Anlagen aus. Hier wäre es jedoch erforderlich, daß sich die Ressorts untereinander absprächen, um konkrete Angebote zu machen.

Wilhelm **Nölling** nahm zum Steueränderungsgesetz 1970²⁴ ebenfalls Stellung.

Alex **Möller** ging zusammenfassend auf die diversen Diskussionsbeiträge ein. Er wies darauf hin, daß der Abbau der Ergänzungsabgabe²⁵ eine Kompromißlösung aufgrund einer Koalitionsvereinbarung darstelle. Der Gesetzentwurf liege nunmehr vor.²⁶ Dennoch habe er natürlich keinen Einfluß auf Entscheidungen der Ausschüsse. Bei der Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrages handele es sich sowohl um eine Forderung der SPD als auch des Gewerkschaftsprogramms. Hinsichtlich der Steigerungsrate des Bundeshaushalts 1970 gegenüber 1969 verwies **Möller** auf die bevorstehenden Beratungen des Finanzkabinetts, in denen eine vertretbare Steigerungsrate angestrebt werde. Möller setzte sich nochmals für eine Verbreiterung der Verschuldung des Bundes ein, um lebensnotwendige Investitionen finanzieren zu können. Hinsichtlich der in Aussicht genommenen Besoldungsverbesserungen im öffentlichen Dienst erklärte der Minister, daß man nicht alles auf einmal haben könne, DM-Aufwertung, innere Stabilität und auch noch ein Aufholen von Besoldungsrückständen.

Möller erklärte, daß der Investitionshaushalt des Bundes 1970 etwa 15 % der Gesamtausgaben ausmache, das seien etwa 13,5 Mrd. DM. In Relation hierzu könne man eine Verschuldung von 5 bis 6 Mrd. DM mit gutem Gewissen vertreten. *Möller* bezweifelte aber, ob es mit einem Betrag von 5 bis 6 Mrd. DM an Schuldaufnahme gelingen werde, den Haushalt auszugleichen. Im übrigen regte *Möller* an, die Couponsteuer²⁷ zu überdenken. An *Seibert* gewandt meinte *Möller*, daß die Forderung richtig sei, daß die Besoldungsangelegenheiten zwischen den Ressorts koordiniert werden müßten. Er wandte sich jedoch entschieden gegen einseitige Beschlüsse von Länderparlamenten, die für die übrigen öffentlichen Hände präjudizierend wirkten. Ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern sei unbedingt notwendig. *Möller* umriß darauf noch einmal die Position der Bundesregierung hinsichtlich der Verbesserung des Kindergeldes²⁸ und des Familienlastenausgleichs²⁹. Das Kindergeld solle im Laufe des Jahres 1970 erhöht, der Familienlastenausgleich bis 1972 modernisiert werden.

²⁴ Zum Gesetz vgl. die entsprechende Anmerkung weiter oben.

²⁵ Die Ergänzungsabgabe wurde durch das Zweite Steueränderungsgesetz 1967 eingeführt und seit 1968 auf Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben, um die rezessionsbedingten Haushaltsschwierigkeiten des Bundes zu überwinden. Vgl. BGBl. 1967, I, Nr. 74, S. 1254–1258.

²⁶ Zu dem von der Bundesregierung am 21. November 1969 eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1970) vgl. BT Drs. 06/75.

²⁷ Seit 1965 wurde eine 25-prozentige Kapitalertragsteuer (»Kuponsteuer«) von allen Nichtdeutschen erhoben, die deutsche Kapitalanlagen besaßen, um den Kapitalimport nach Deutschland einzudämmen.

²⁸ Vgl. die SPD-Fraktionssitzung am 15. September 1970, Dok. 38, SVP E

²⁹ Der Familienlastenausgleich sollte im Rahmen der geplanten Steuerreform der Bundesregierung neu geregelt werden. Vgl. die Fraktionssitzung am 3. März 1972, Dok. 89, SVP A. – Familienlastenausgleich und Steuerreform wurden in der 6. Wahlperiode nicht verwirklicht.

Georg **Neemann** verteidigte den Beschluß des DGB-Kongresses, eine Verdreifachung des Lohnsteuerfreibetrages zu fordern³⁰.

Karl **Schiller** vertrat die Auffassung, daß die Stahlkontore ihre Arbeit getan hätten und nach Ablauf der Genehmigungsfrist nicht wieder aufleben sollten. Diese Haltung habe er bereits zur Zeit der Gründung der Stahlkontore vertreten. Die Kohlepreisentwicklung führte *Schiller* auf den Stahlboom zurück. Außerdem sei bei den Preiserhöhungen der . deren Situation in der Umgründung³¹ zu berücksichtigen. *Schiller* führte weiter aus, daß das Bundeskartellamt seine wettbewerbsrechtlichen Aufgaben weiter intensiviere. Eine Weitergabe der Agrarerzeugerpreissenkungen an die Verbraucher könne jedoch nicht über das Kartellamt beeinflußt werden.

Der *Wirtschaftsminister* erläuterte anschließend die Auswirkungen der DM-Aufwertung. Er meinte, daß auch die restriktiven Gefahren nicht übersehen werden dürften. An kurzfristigen Geldern seien bis heute 14 Mrd. DM seit der Aufwertung aus der Bundesrepublik abgeflossen. Er hätte auch schon daran gedacht, die Couponsteuer abzuschaffen, er sei aber der Meinung, daß man hier ein bißchen abwarten solle.

In Bezug auf das Unternehmerverhalten im Boom machte *Schiller* deutlich, daß Bundesbankpräsident *Blessing* in der Konzierten Aktion die Unternehmerseite sehr eindeutig darauf aufmerksam gemacht habe, daß, wenn eine Disziplinierung des Verhaltens nicht zu erreichen sei, die Übernachfrage durch Bundesbank und Bundesregierung gekappt werden müsse. Das sei auch seine, *Schillers*, Meinung.

Hinsichtlich des Haushaltsvollzuges 1970 forderte *Schiller*, daß in den ersten Monaten des neuen Jahres eine Begrenzung der Sachausgaben vorgenommen werden müßte. Zur Besoldung im öffentlichen Dienst erklärte der Wirtschaftsminister, daß die Daten, die hier gesetzt würden, für die Gewerkschaften als Orientierungsdaten gewertet würden. Seine, *Schillers* Position, sei die: Erhöhung der Besoldung im öffentlichen Dienst um 7 % nominal plus 2 % Vermögensbildung.

E.

3. Informationen

In der Informationsrunde brachte **Schwabe** einen gegen die Bundesregierung gerichteten Zeitungsartikel aus Parteikreisen zur Sprache. **Wehner** meinte, daß dieser Artikel mit denen zu klären sei, die ihn geschrieben hätten

4. Vorbereitung der Plenarsitzungen

a) Kriegsopferversorgung³² (BE: Ernst *Schellenberg*)

³⁰ In einer EntschlieÙung forderte der 8. DGB-Bundeskongress vom 18. bis 23. Mai 1969 in München eine Verdreifachung des Arbeitnehmersteuerfreibetrags. Vgl. dazu Bundeskongress des DGB: Anträge und EntschlieÙungen, in: Die Quelle. Funktionärszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 20. Jg., Mai 1969, S. 194–196, hier S. 195.

³¹ Die war 1968 auf Druck der Bundesregierung, die den Kohlebergbau mit Subventionen unterstützte, als Zusammenschluss von 25 Bergwerksunternehmen gegründet worden, um das Zechensterben im Ruhrgebiet einzudämmen.

³² Die Fraktion hatte sich bereits in der Sitzung am 13. November 1969 mit der Verbesserung der Renten von Kriegsopfern befasst. Vgl. Dok. 10, SVP D

Ernst **Schellenberg** legte den Inhalt des Antrages dar. Er sprach sich gleichzeitig gegen den CDU/CSU-Antrag³³ aus. Das Ziel sei die Anpassung der Kriegsopferversorgung an die wirtschaftliche Entwicklung wie bei den Renten. Die Fraktion benannte als Sprecher Eugen *Glombig* und Marta *Schanzenbach*. *Glombig* wird den Antrag begründen, Marta *Schanzenbach* wird die Leistungsverbesserungen für Witwen begründen.³⁴

b) Novelle Arbeitsförderungsgesetz³⁵ (BE: Erwin *Folger*)

Erwin **Folger** legte den Inhalt der Novelle dar. Er sagte, daß bei der Förderung der Umschulung und Fortbildung die finanzielle Hilfestellung an die Fortentwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt werden müsse. Erforderlich sei eine Art Dynamisierung für das Unterhaltsgeld. Zu der Arbeitsförderungsnovelle äußerten sich des weiteren die Abgeordneten **Dürr** und **Raffert**.

c) Sonstige TO-Punkte und Ablauf der Plenarsitzungen³⁶ (BE: Heinz *Frehsee*)

Heinz **Frehsee** erläuterte die Tagesordnung und den Ablauf der Plenarsitzungen. Konrad *Porzner* wird zum Steueränderungsgesetz 1970 sprechen. Wer zur auswärtigen Kulturpolitik sprechen wird, ist noch offen.³⁷ Zum Antrag der CDU/CSU auf Herabsetzung des Wahlalters³⁸ wird Peter *Cortier* sprechen. Heinz *Frehsee* wies weiter auf eine Frage von Klaus Dieter *Arndt* darauf hin, daß am Freitag wahrscheinlich keine Kampfabstimmungen zu erwarten seien und deshalb der Rechtsausschuß in Berlin tagen könne.

5. a) Richterwahlausschuß – b) Wahlmännergremium für das Bundesverfassungsgericht (BE: Martin *Hirsch*)

Martin **Hirsch** forderte nachdrücklich, daß hinsichtlich der Wahlen zu a) und b) volle Präsenz notwendig sei. Die Namensvorschläge lagen der Fraktion vor.³⁹ Die Fraktion stimmte den Namensvorschlägen zu.

6. Wahlprüfungsausschuß (BE: Manfred *Schulte*)

Manfred **Schulte** schlug als ordentliche Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses die Abgeordneten *Dürr*, *Frehsee*, *Schoettle* und als stellvertretende Mitglieder die Abgeordneten *Liedtke*, *Schmitt-Vockenhausen* und *Schulte* vor. Die Fraktion erklärte sich mit diesen Vorschlägen einverstanden. Die Wahl soll nach Möglichkeit nächste Woche stattfinden.

³³ Zu dem am 13. November 1969 von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf über die Anpassung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz vgl. BT Drs. 06/69

³⁴ Zur Debatte in der Plenarsitzung am 26. November 1969 vgl. BT Plenarprotokoll 06/13, S. 476–496.

³⁵ Zu dem am 25. November 1969 in den Bundestag eingebrachten Antrag der SPD- und FDP-Fraktion zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vgl. BT Drs. 06/82. – Die erste Beratung fand am 26. November 1969 statt. Vgl. BT Plenarprotokoll 06/13, S. 506.

³⁶ Zu den Plenarsitzungen, einschließlich der Fragestunde, am 26., 27 und 28. November 1969 vgl. BT Plenarprotokoll 06/13, 06/14 und 06/15.

³⁷ Zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion vom 11. November 1969 auf Einsetzung einer Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik vgl. BT Drs. 06/57. – Der Antrag wurde am 28. November 1969 vom Bundestag an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Vgl. BT Plenarprotokoll 06/15, S. 538–548.

³⁸ Zu dem von der CDU/CSU-Fraktion am 14. November 1969 eingebrachten Gesetzentwurf zur Herabsetzung des Wahlalters vgl. BT Drs. 06/70. – Die erste Beratung fand am 28. November 1969 statt. Vgl. BT Plenarprotokoll 06/15, S. 548–558.

³⁹ Die Vorlage für den Fraktionsvorstand ist dem Protokoll beigelegt.

F.

7. Nächste Termine⁴⁰

Herbert **Wehner** erklärte einleitend und in Bezugnahme auf die Ausführungen Alex *Möllers*, daß man in den Ausschüssen nicht so tun könne, als gäbe es keine Koalitionsvereinbarungen (Steueränderungsgesetz 1970).

8. Verschiedenes

Hermann **Schmitt-Vockenhausen** bat, eine Überbrückungsvorlage einbringen zu dürfen⁴¹. Dem stimmte die Fraktion zu. Ernst **Schellenberg** legt dar, wie er gegen den Widerstand der CDU/CSU eine Ausschußsitzung in Berlin durchgesetzt habe. **Wehner** empfahl dieses Vorgehen als Modell, wie man Ausschußsitzungen in Berlin durchsetzen könne. Weiter wies *Wehner* auf die Aufteilung der Aufgabengebiete der Geschäftsführer hin, die der Fraktion vorlag. Edith **Krappe** kam auf die Frage der Berlin-Sitzungen zu sprechen. **Wehner** sprach sich dafür aus, Berlin-Sitzungen so oft abzuhalten, wie es die SPD für notwendig halte. Man werde sich nicht nach der CDU/CSU richten, die drei- oder viermal im Jahr eine Sitzung des Bundestages fordere. *Wehner* sprach sich gegen spektakuläre Wochen in Berlin aus, aus diesem Korsett müsse man herauskommen. Man solle in Berlin soviel arbeiten, wie man könne, jedoch keine schematischen Festsetzungen vornehmen.

⁴⁰ Nächste Termine laut Tagesordnung: Freitag, 28. November 1969, unmittelbar nach Schluss der Plenarsitzung: Obleutebesprechung; Dienstag, 2. Dezember 1969, 9.30 Uhr: Vorstand, 15.00 Uhr: Fraktion; Montag, 8. Dezember 1969, 17.00 Uhr: Vorstand; Dienstag, 9. Dezember 1969, vormittags: Arbeitskreise, 15.00 Uhr: Fraktion.

⁴¹ Zum gemeinsamen Gesetzentwurf der CDU/CSU-, SPD- und FDP-Fraktion vom 25. November 1969 über die Gewährung einer einmaligen Überbrückungszulage vgl. BT Drs. 06/84.